

Postulat «Liechtensteinerin bleiben» soll bald verwirklicht werden!

Öffentliche Landtagssitzung - Erklärung von Regierungschef Dr. Walter Kieber zur Finanzlage des Landes

In seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag behandelte der Landtag eine Reihe wichtiger Geschäfte, darunter zwei Gesetzesvorlagen, die in erster Lesung durchberaten wurden.

Dem Antrag der Fürstlichen Regierung auf eine Aeuferung des Eigenheimwohnbaufonds wird einhellig stattgegeben. Dem Fonds werden weitere 3 Millionen Franken zur Finanzierung der zinslosen, staatlichen Eigenheimdarlehen überwiesen.

Der Landtag stimmt ausserdem einem Antrag der Regierung auf Erhöhung der Milchpreise im Rahmen der neuesten, schweizerischen Ansätze zu. Der Produzentenmilchpreis wird um 6 Rappen pro k/lit, der Konsummilchpreis (Frischmilch um 10 Rappen für Vollmilch roh und ebenso für Vollmilch pasteurisiert, und der Magermilchpreis um Fr. 2,- je 100 kg zentrierte Vollmilch für industrielle Verwertung erhöht.

Die Liechtensteinischen Kraftwerke werden (analog der AHV und der Landesbank) einen Aufsichtsrat erhalten. Die diesbezügliche Abänderung des Organisationsstatuts wurde einhellig gutgeheissen.

Der Bericht der Landtagskommission für Staatsbürgerrecht und Einbürgerungspraxis (Präsident Herbert Kindler) wurde vom Landtag auf Antrag des FBP-Fraktionsprechers Dr. Peter Marxer in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Diese Zusage wurde namentlich von Dr. Peter Marxer (FBP) und vom Abg. Adolf Heeb (VU) begrüsst. Die Forderung nach Beibehaltung der Staatsbürgerschaft für Mitbürgerinnen, die einen ausländischen Staatsangehörigen heiraten, wird bereits seit Jahren in verschiedenen Gremien erhoben.

Die Abänderung der Zivilprozessordnung im Sinne des vom Landtag bereits im Dezember 1973 verabschiedeten, neuen Ehegesetzes, wurde in erster Lesung durchberaten.

Ebenfalls in erster Lesung behandelte der Landtag die Gesetzesvorlage betreffend die Gerichts-, Öffentlichkeits- und Grundgebühren, welche eine Vereinfachung der Gebühren und eine Anpassung derselben an die heutigen Verhältnisse vorsieht.

Die Notwendigkeit zur Schaffung eines solchen Gesetzes wurde nicht bestritten. Der Abgeordnete Herbert Kindler wünschte sich eine ergänzende Erläuterung der Regierung über die finanziellen Auswirkungen der neuen Gebührenordnung, welche von Dr. Walter Kieber zugesagt wurde.

Der Regierungschef machte keinen Hehl daraus, dass die neue Gebührenordnung auch dem Zweck dienen soll, dem Staat mehr Einnahmen aus seinen Dienstleistungen zu bringen. Dr. Walter Kieber nahm die Gelegenheit wahr, um dem Landtag vor Eintreten auf dieses Traktandum einen kurzen Situationsbericht über die Lage des Finanzhaushaltes zu geben.

Am Schluss der offiziellen Tagung

Die Regierungsbank war durch die Anwesenheit von Regierungschef Dr. Walter Kieber, von Vizeregierungschef Hans Brunhart und den Regierungsräten Dr. Georg Malin, Dr. Walter Oehry und Hans Gassner während dem grössten Teil der öffentlichen Sitzung vollständig besetzt.

An der öffentlichen Arbeitssitzung vom Donnerstag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner nahmen folgende Abgeordnete teil: Für die Fraktion der FBP die Herren Dr. Ernst Büchel, Gamprin, Josef Frommelt, Triesen, Noldi Frommelt, Schaan, Dr. Peter Marxer, Vaduz, Hubert Oehri, Ruggell, Hilmar Ospelt, Vaduz und Emanuel Vogt, Balzers. Die Union-Fraktion war durch nachfolgende Herren vertreten: Dr. Franz Beck, Schaan, Cyrill Büchel, Gamprin, Franz Gstöhl, Eschen, Adolf Heeb, Vaduz, Herbert Kindler, Triesen, Dr. Franz Nägele, Eschen und Dr. Karlheinz Ritter, Vaduz.

Die aktuelle Frage

Hat das neueste Radioprojekt echte Chancen?

Seit anfang dieser Woche bestehen Pläne für die Gründung einer liechtensteinischen Radio-Projektierungsgesellschaft, die unter Kontrolle und Mehrheitsbeteiligung der elf Gemeinden unseres Landes gegründet werden soll.

Die liechtensteinischen Gemeinden und ihrer Schweizer Partner möchte dann, wenn die Frage der Konzessionserteilung für Radiosender zwischen unserem Lande und der Eidgenossenschaft endgültig abgeklärt ist, bei der Regierung um eine Senderkonzession ansuchen. Da Liechtenstein zu den wenigen Ländern in der Welt zählt, die noch keinen eigenen Radiosender besitzen, gibt es bekanntlich schon seit Jahren immer wieder lukrative Angebote fremdländischer Kapitalgruppen und Radiogesellschaften, die mit einem kommerziellen Radio Liechtenstein das grosse Geschäft machen wollen.

Notwendige Klarstellung

Eine LPC-Pressekonferenz zur Idee eines liechtensteinisch-schweizerischen Radio-Senderprojekts

Notwendige und fällige Klarstellungen zur Idee einer Projektierungsgesellschaft der liechtensteinischen Gemeinden und des Schweizer Verlagshauses Jean Frey AG brachte eine Konferenz des Liechtensteiner Presseklubs, die gestern Mittag im Hotel Vaduzerhof (Vaduz) stattfand.

Bei der Konferenz wurde vor allem hervorgehoben, dass es sich hierbei keineswegs um ein offizielles, staatliches Projekt, sondern um privatwirtschaftliche Pläne handelt, welche von den Gemeinden derzeit geprüft würden.

Die Pressekonferenz, in deren Verlauf vor allem auch die vergierende, interne Interessen schweizerischer Teilnehmer zum Ausdruck kamen, wurden von Walter B. Wohlwend und Hubert Hoch (als Vertreter des LPC) geleitet.

